



## Verrückter Rücktritt

„Null-Bock-Horst“ Köhler (Süddeutsche Zeitung) hat das Amt des Bundespräsidenten hingeworfen. Über den Vorgang wurde heftig diskutiert. Weniger über Köhlers fatale Interview -Aussagen, die seinen Rücktritt auslösten. Sarkastisch kann man fragen: Warum auch? Schließlich sind diese Aussagen erklärte Politik. Nur redet darüber keiner, meint Thomas Rödl, Sprecher der DFG-VK Bayern

Seit Anfang der 90er Jahre ist es offizielle Zielsetzung deutscher Militärpolitik, freie Handelswege und den Zugang zu Rohstoffen zu sichern - so sinngemäß formuliert in den verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 und 2003, ebenfalls in den Verteidigungsweißbüchern von 1994 und 2006. Daran orientiert sich die Planung der Bundeswehr, die Armee wird konsequent zur Interventions-truppe umgebaut.

Köhlers Aussage, daß „im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, z.B. freie Handelswege“, beschreibt, wenn auch etwas ungeschickt, die deutsche Militärdoktrin der letzten zwei Jahrzehnte. Ja deswegen muß er doch nicht zurücktreten! Das ist doch gerade die Politik der Unionsparteien!

### Mißachtung der Verfassung

SPD und Grüne haben dieser Politik nicht nur nicht widersprochen, sie haben sogar das humanitäre Deckmäntelchen geliefert für die Bombardierung Jugoslawiens („nie wieder Auschwitz“). Sie haben die Umrüstung der Bundeswehr mit all den milliardenschweren Rüstungsprogrammen nahtlos fortgesetzt! Selbstverständlich befürwortet Köhler einen Einsatz der Bundeswehr jenseits der Schranken des Grundgesetzes, aber das tun doch alle Parteien außer der Linken!

Dabei gilt nach wie vor der Artikel 87 a Grundgesetz, der den Einsatz der Bundeswehr nur zur Verteidigung und zur Niederschlagung von Aufständen in der BRD zuläßt. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil von 1994 die Mißachtung der Verfassung erlaubt und die Kriegführung der Bundeswehr im Ausland ermöglicht, sofern der Einsatz „kollektiv“ geführt wird und der Bundestag ein Mandat erteilt hat. Daß die Unionsparteien Köhler nicht verteidigen, wenn er im Rundfunk

### „Im Zweifel Militär einsetzen“

Das Zitat, das letztlich zum Rücktritt von Horst Köhler führte: *„Meine Einschätzung ist es aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Aussenhandelsorientierung und damit auch Aussenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist um unsere Interessen zu wahren z.B. freie Handelswege, z.B. ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen –negativ - bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern“*

ihre ureigene Politik vertritt, ist schändlich und feige. Die Kritik aus den Reihen von SPD und Grünen ist heuchlerisch bis zum Erbrechen, haben sie doch in der Praxis diese Politik mitgetragen.

„Wir wollen keine Wirtschaftskriege“ sagt ein Sozialdemokrat - ach ja! Aber liebe SPDler: Ihr habt der Bundeswehr alles bewilligt, damit wir auch weltweit anständig mitmischen können, wenn's denn sein muß.



20 Jahre hatten die Parteien Zeit, das Grundgesetz zu ändern, z.B. einen neuen Abschnitt 5 in den Artikel 87 a des Grundgesetzes einzufügen: *„Die Bundeswehr kann im Ausland eingesetzt werden, wenn eine Mehrheit im deutschen Bundestag das für zweckmäßig hält. Die Einzelheiten regelt der Verteidigungsminister“*.

Na, dafür müßte es doch eine Mehrheit im Bundestag geben!. Die Friedensbewegung und die Linken würden ein bißchen aufheulen, aber die Mehrheit der BürgerInnen würde sich nicht dagegen wehren.

Mit dieser Grundgesetzveränderung im Rücken müßte ein etwas überforderter Bundespräsident sich keinen Kopf mehr machen, ob er auf dem Boden des Grundgesetzes steht, wenn er das vertritt, was seine Partei praktiziert. Er könnte sich darauf konzentrieren, im Rundfunk die Zwecke deutscher Außen- und Militärpolitik darzulegen, und insbesondere die Frage zu beantworten, welche Handelswege die Bundeswehr in Afghanistan verteidigen will. Er könnte versu-

chen zu erklären, wie durch NATO-Truppen die Stabilität in der Region erhöht wird und inwiefern es deutschen Interessen dient, wenn der einst eine Pipeline unter US-Kontrolle von Kasachstan an den indischen Ozean führt. Im Volke hat ohnehin kaum jemand geglaubt, daß es um die Befreiung der Frauen von der Burka und um den Schutz der Mädchen vor Zwangsverheiratung geht. Aber leider, zu spät. Vielleicht hat Köhler im gut bezahlten Ruhestand die Gelegenheit, das Grundgesetz und die UNO-Charta zu lesen und sich ein paar Gedanken zu machen über Heuchelei, Opportunismus und andere Prinzipien demokratischer Parteien.

## Neues aus dem Städtedreieck

Am Karfreitag fand wieder ein Ostermarsch im Städtedreieck statt, traditionell als Fahrradtour zwischen den drei Städten Maxhütte-Haidhof, Teublitz und Burglengenfeld. Traditionell war auch die geringe Teilnehmerzahl, was aber dem Radlerspaß keinen Abbruch tat. Thema waren die Kriegerdenkmäler, auf denen der Kriegstreiber und ihrer Mitläufer gedacht wird, nicht aber der aktiven und passiven Kriegsgegner. An den Kriegerdenkmälern wurde jeweils eine Strophe des aus Frankreich stammenden Liedes „Der Deserteur“ gesungen.

### Tour-Doku im "Burgblick"

Obwohl die Ortsgruppe aus dem Städtedreieck seit Jahren sowohl Teilnehmer als auch Organisatoren für die Friedensfahrradtour stellt, hatten wir noch nie die sehenswerten Dokumentationen zur Tour gemeinsam, geschweige denn öffentlich angesehen. Ende April war es endlich soweit: Die Silberscheibe mit den Radltour-Aufnahmen lief im uralten Gasthof „Burgblick“ in Burglengenfeld. Auch wenn es letztlich ein internes Treffen war, tat es doch gut, endlich mal ohne Organisationskram über Friedensarbeit zu raten.  
*Willi Rester*

# Keine Mordwaffen als Sportwaffen!

Mit einer Mahnwache zum ersten Jahrestag des Amoklaufs von Winnenden machten Mitglieder der DFG-VK Nürnberg auf die Gefahren aufmerksam, die von Schusswaffen in Privathand ausgehen.

Ein lebloser Körper liegt auf dem Pflaster, ein Mensch zeichnet die Umrisse auf das Pflaster. Daneben Blutlachen auf der Straße. Diese Szene war am 11. März in der Nürnberger Innenstadt vor der Lorenzkirche zu beobachten. Der Ort vor der Kirche war zum Glück nicht Schauplatz einer realen Gewalttat. Es handelte sich nur um eine „Performance“, die sich die Aktiven der DFG-VK Nürnberg ausgedacht hatten. So wollten sie auf die Mahnwache zum ersten Jahrestag des Amoklaufes von Winnenden aufmerksam machen. Und tatsächlich: Die

men, die dem Vater des Täters gehörte. Er hatte sie unbeaufsichtigt zu Hause herumliegen lassen. Nach dem Amoklauf von Winnenden wurde das Waffenrecht unter dem Druck der Waffen- und Schützen-Lobby nur marginal verschärft. Im Aufruf zur Mahnwache in Nürnberg heisst es dazu: „Das nächste Blutbad nach dem Winnenden-Muster läßt sich so nicht verhindern! Denn weiterhin lernen Kinder scharf schießen; weiterhin finden sie die Waffen in den Häusern ihrer Eltern! Wir fordern nach dem Vorbild Englands das Verbot des Kaufs und Be-



Der Sensenmann hat zugeschlagen: Szene der Mahnwache in Nürnberg

Performance veranlaßte viele Passanten zum Stehenbleiben, die „Nürnberger Nachrichten“ berichteten mit Bild.

Am 11. März 2009 hatte ein 17-jähriger Amokschütze in Winnenden und Umgebung zunächst 15 Menschen erschossen, anschließend hatte er sich selbst getötet. Die Schüsse waren aus einer Sportwaffe gekom-

mites von groß- und kleinkalibrigen Schusswaffen für Privatpersonen!“

Am 12. März, also nur einen Tag nach dem Gedenken an Winnenden, begann in Nürnberg die Internationale Fachmesse für Jagd- und Sportwaffen. Die DFG-VK war vor der Messe mit einem Transparent vertreten „Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“

# Friedens-Rundfahrt

Am 28. April organisierte die DFG-VK München eine Fahrrad-Rundfahrt zu den Konsulaten der „offiziellen“ Atomwaffenstaaten. Anlaß: Die Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag.

Etwa 20 RadfahrerInnen beteiligten sich, das Wetter machte auf Frühling und die Pace-Fahnen wehten fröhlich im Wind. An den Konsulaten wurde ein vorbereiteter Brief an den jeweiligen Konsul übergeben mit der Bitte, seiner Regierung mitzuteilen, daß Münchner BürgerInnen die Abrüstung der Atomwaffen wollen.

Die Stadt München ist Mitglied in der weltweiten Initiative „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden), die die Abrüstung der Atomwaffen fordert. Oberbürgermeister Christian Ude begrüßte die Fahrraddemo auf dem Marienplatz und plädierte für den Abzug der US-Atombomben aus Büchel.

Leider haben die eingeladenen Lokalzeitungen den Termin ignoriert! In der Münchner Friedensbewegung hatte es zuvor einige kritische Stimmen zur Aktion gegeben. Deshalb

hier die Worte, die Thomas Rödl an Christian Ude richtete:

„Herr Ude wir freuen uns, daß Sie Zeit gefunden haben, heute mit uns öffentlich die Abschaffung der Atomwaffen zu fordern. ... In etwa 40 deutschen Städten hat es ähnliche Aktionen gegeben, die deutlich machen, daß die Bürgerinnen und Bürger die Abrüstung der Atomwaffen fordern. Die Friedensbewegung fordert seit 50 Jahren den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und die atomare Abrüstung. In dieser Frage muß es eine möglichst breite Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte und Parteien geben. In anderen Fragen sind wir nicht Ihrer Meinung, z.B. was den Einsatz der Bundeswehr in

Afghanistan oder die Abhaltung öffentlicher Gelöbnisse hier am Marienplatz betrifft. Über diese Fragen muß weiter sachlich und fair diskutiert werden.“

Ude ging in seiner improvisierten Rede darauf nicht ein, sondern schilderte in großen Teilen den Hintergrund des Stadtratsbeschlusses aus den 80er Jahren, der München zur atomwaffenfreien Zone erklärte.

Bilder auf der München-Homepage:

<http://www.dfg-vk-bayern.de/muenchen> Video im Internet:

[http://www.youtube.com/watch?v=fFU\\_u0Az-S4](http://www.youtube.com/watch?v=fFU_u0Az-S4)



OB Christian Ude bei der Aktion am 28. April.

## "Ja zu einer atomwaffenfreien Welt"

Beim Ökumenischen Kirchentag im Mai auf dem Münchner Messegelände war die DFG-VK personell und inhaltlich gut präsent: Mit einem grossen Infostand und einer Resolution zur atomaren Abrüstung, die auf Initiative der DFG-VK bei einer Veranstaltung des Kirchentags verabschiedet wurde.

Die DFG-VK Bayern hatte den Infostand zusammen mit den Landesverbänden NRW und Baden-Württemberg aufgebaut. Unter dem Motto „Schritte zur Abrüstung“ präsentierten wir die Ausstellung und Materialien der Kampagne, auf zwei eigens erstellten Plakatwänden wurde über die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages informiert, die im Mai tagte. Wir hatten viele interessante Gespräche, viele Nachfragen von BesucherInnen in lockerer Atmosphäre. Etwa 170 neue Unterstützer für „Schritte zur Abrüstung“ konnten gewonnen und etwa 3000 Flugblätter verteilt werden. Angesichts begrenzter Personalkräfte hatten wir uns im Vorfeld darauf geeinigt, mit einem neuen Flugblatt für „Schritte zur Abrüstung“

allgemein zu werben und Unterschriften zu sammeln. Die Kirchentage bieten aber die Möglichkeit, bei einer Veranstaltung, an der mindestens 1000 Personen teilnehmen, eine Resolution zu verabschieden. Einige aktive Freunde erreichten das bei der Veranstaltung „Afghanistan - Krieg ohne Ende?“.

Beschlossen wurde dort ganz offiziell die Resolution „Ja zu einer atomwaffenfreien Welt“, in der es u.a. heißt: „Sowohl christliche als auch humanistische Ethik müssen zur Drohung mit Atomwaffen und zu ihrem Einsatz ein entschiedenes Nein sagen. Ein erster Schritt zu einer vollständigen Abrüstung von Atomwaffen in der ganzen Welt sollte der Abzug von US-Atomwaffen aus ganz Europa sein. Wir for-

dem die Staaten auf der Überprüfungskonferenz zu den notwendigen Schritten auf, mit denen sie der Pflicht zur atomaren Abrüstung auf wirksame Weise gerecht werden.“ (Resolution T 1/004, 2. Ökumenischer Kirchentag, München 12.-16. Mai 2010)

Beim „Abend der Begegnung“ am 12. Mai füllten 200 000 Menschen den Münchner Altstadttring. Im Abschnitt „buntes und lebendiges München“ brachten wir dreimal unsere Antikriegsperformance zur Aufführung, mit jeweils 100 bis 150 ZuschauerInnen und viel Beifall. *Thomas Rödl*

Link zum Video der Performance:

[http://www.youtube.com/watch?v=M3JxUI\\_gnY4](http://www.youtube.com/watch?v=M3JxUI_gnY4)

# Wieder auf Achse für Frieden und Abrüstung

Vom 31. Juli bis 7. August ist die Friedensfahrradtour der DFG-VK unterwegs - zu Standorten des Militärs und der Rüstungsindustrie

Die Route führt diesmal von Nürnberg über Grafenwöhr, Bayreuth, Jena und Weissenfels nach Leipzig. Mit der Friedensfahrradtour soll für eine zivile Außenpolitik geworben werden, als Alternative zu Militärinterventionen. Außerdem soll den Forderungen nach einem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa Nachdruck verliehen werden.

Am 31.7. beginnt die Tour mit einer Radldemo durch die Nürnberger Innenstadt zur Zentrale der Firma Diehl. Das Unternehmen produziert Artilleriemunition, Landminen, Panzerketten und Lenkraketen und dürfte zu den Profiteuren des „Krieges gegen den Terror“ gehören. Am nächsten Tag geht die Fahrt am Truppenübungsplatz Grafenwöhr entlang. Er ist der größte US-amerikanische Übungsplatz außerhalb der USA. Hier werden US-Soldaten ausgebildet und trainiert, die dann unmittelbar danach in Afghanistan und im Irak zum Einsatz kommen.



In diesem Jahr will die Friedensfahrradtour besonders solche Orte anfahren, von denen aus der Krieg in Afghanistan organisiert und unterstützt wird. Daher ist Ziel- und Abschlusspunkt der Friedensfahrradtour der Flughafen Halle- Leipzig. Von diesem Flughafen aus starten jährlich hunderttausende US-Soldaten in den Irak oder nach Afghanistan. Großraumflugzeuge transportieren Waffen und Nachschub an die Kriegsschauplätze. (Info: [www.nein-zum-kriegsflughafen.de](http://www.nein-zum-kriegsflughafen.de))

Die Tagesetappen der Friedensfahrradtour sind zwischen 50 und 80 km lang. Die Übernachtung erfolgt in Naturfreundehäusern, Jugendherbergen oder Campingplätzen. Für Übernachtung und Verpflegung wird ein Teilnahmebeitrag von 25 Euro pro Tag fällig (15 Euro für Menschen ohne Einkommen).

Anmelden muß sich, wer eine oder mehrere Etappen mitradeln will und Unterkunft und Verpflegung benötigt!  
Anmeldung:  
DFG-VK München, Schwanthalerstr. 133, 80339 München,  
Tel. 089 - 89 62 34 46  
mail: [muenchen@dfg-vk.de](mailto:muenchen@dfg-vk.de)  
Kontakt Nürnberg: [dfg-vk.nbg@live.de](mailto:dfg-vk.nbg@live.de)  
Leipzig: [T.Schleip@t-online.de](mailto:T.Schleip@t-online.de)  
Weitere Infos: [www.dfg-vk-bayern.de](http://www.dfg-vk-bayern.de);  
[www.schritte-zur-abruestung.de](http://www.schritte-zur-abruestung.de)



## Protest in Augsburg

Am Samstag, dem 5. Juni, gab es in der Augsburger Innenstadt eine Kundgebung gegen den Überfall der israelischen Armee auf den Schiffskonvoi mit Hilfsgütern für Gaza. 500 Menschen, hauptsächlich Mitglieder türkischer Vereine, gingen auf die Straße. Sie demonstrierten angesichts des Blutbads, das die Israelis bei der Kaperung der Schiffe angerichtet haben. Auch die DFG-VK Augsburg war an der Organisation der Kundgebung beteiligt.

## Kein Geld für Krieg Veranstaltung in Erlangen

Über 30 Milliarden Euro deutsche Steuergelder werden pro Jahr für Rüstung und Militär ausgegeben. Alle Steuerzahler leisten so ihren Beitrag zur Existenz der Bundeswehr. Ist das vor dem eigenen Gewissen noch zu verantworten?

Diese Frage stellten sich auch Brigitte Janus und Klaus Dieter Preis, die ReferentInnen einer Veranstaltung, zu der die DFG-VK Erlangen einlädt. Beide haben aus Gewissensgründen den Steueranteil verweigert, der für Rüstung und Militär aufgewandt wird. Sie berichten über ihre Erfahrungen. **Die Veranstaltung findet statt am Mittwoch, dem 23. Juni im Pa-cellihaus Erlangen, Sieboldstr. 3. Beginn: 19.30 Uhr**

## PAXAN

Herausgegeben von der  
Deutschen Friedensgesellschaft/  
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen,  
Landesverband Bayern,  
in Zusammenarbeit mit den Jugend-  
clubs Courage in der DFG-VK  
V.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK  
Schwanthalerstr. 133,  
80339 München.

Tel: 089 - 89 62 34 46,  
Di, Mi, Do 11.00 - 17.00 Uhr.  
e-mail: [bayern@dfg-vk.de](mailto:bayern@dfg-vk.de)  
Internet: [www.dfg-vk-bayern.de](http://www.dfg-vk-bayern.de)

**Wir bitten um Spenden**  
(abzugsfähig) für das Helmut-  
Michael-Vogel- Bildungswerk der  
DFG-VK Bayern!  
Konto Nr. 33 60 68 - 851,  
Postbank Nürnberg BLZ 760 100 00



**DFG-VK**  
Deutsche  
Friedensgesellschaft  
Vereinigte  
KriegsdienstgegnerInnen